

**Zeitschrift:** Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie  
= Swiss journal of sociology

**Band:** 2 (1976)

**Heft:** 3

**Artikel:** Die politische Integration von auslaendischen Arbeitnehmern : eine  
Pilotstudie zur Einbuengerungsproblematik in der Schweiz

**Autor:** Ley, Katharina / Agustoni, Sergio

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-815170>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 08.11.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

DIE POLITISCHE INTEGRATION VON AUSLAENDISCHEN  
ARBEITNEHMERN: EINE PILOTSTUDIE ZUR  
EINBUERGERUNGSPROBLEMATIK IN DER SCHWEIZ

---

Katharina Ley und Sergio Agustoni

ZUSAMMENFASSUNG

Die Studie sucht den Faden zu verfolgen, der die vielfachen Aspekte der politischen Integration von ausländischen Arbeitnehmern miteinander verknüpft. Im Vordergrund stehen die Fragen nach den Einstellungen zum Erwerb des Schweizer Bürgerrechtes und den Determinanten dieser Einstellungen.

Hundert italienische Arbeitnehmer, die sich seit mindestens fünf Jahren in der Schweiz aufhalten, wurden gebeten, über ihre Einwanderungsmotivationen, ihren Aufenthalt in der Schweiz und ihre Einstellungen zur Einbürgerung Auskunft zu geben. Wie sich deutlich herausgestellt hat, ist die Einbürgerungsbereitschaft der Ausländer weitgehend eine Funktion und Resultat erfahrener Diskriminierungen in diesem Land. Dasselbe partielle Leben - im Beruf -, das der ausländischen Minorität zugestanden wird, gehört auch zur Selbstdefinition der Einwanderer. Die Rückkehrperspektive ist in den meisten Fällen ausgesprochen stark.

Die Rezession hat die Unsicherheit und Diskrimination der Ausländer verstärkt und deren Bereitschaft zur Einbürgerung tendenziell abgeschwächt.

Der Anteil der Einbürgerungswilligen ist gering (8%). Ein Hauptgrund in der Argumentation gegen die Einbürgerung besteht in der Angst, die bisherige Identität zu verlieren, ohne dass die Möglichkeit perzipiert wird, eine neue, akzeptierte Identität zu erwerben.

RESUME

Cette étude cherche à saisir le fil conducteur qui réunit les multiples aspects de l'intégration politique des travailleurs étrangers. Au premier plan se posent les questions relatives aux attitudes des immigrés face à la naturalisation et aux facteurs déterminants ces attitudes.

Cent travailleurs italiens, séjournant en Suisse depuis au moins cinq ans, ont été questionnés sur les raisons de leur émigration, sur leur séjour en Suisse et sur leurs attitudes face à la naturalisation. La recherche a clairement

établi que la propension à la naturalisation est largement une fonction, et une résultante, de la discrimination perçue en Suisse. La discrimination - professionnelle - des travailleurs immigrés se retrouve à niveau de la définition que les travailleurs donnent eux-mêmes. La perspective du retour est fortement exprimée dans la plupart des cas. La récession renforce l'insécurité et la discrimination des travailleurs étrangers. Elle affaiblit leur propension à la naturalisation.

La proportion d'immigrés favorables à la naturalisation est réduite (8%). Parmi les raisons qui déterminent le refus de la naturalisation, la peur de perdre sa propre identité antérieure, sans que l'acquisition d'une nouvelle identité paraisse possible, joue un rôle décisif.

\* \* \*

## 1. ZUR PROBLEMSTELLUNG

Im Jahre 1975 haben sich 0.98% aller in der Schweiz lebenden Ausländer eingebürgert. Betrachtet man nur die niedergelassenen, also über zehn Jahre in der Schweiz wohnenden, Ausländer, so entspricht der Anteil der Eingebürgerten einem Prozentsatz von 1.6%. Dieser geringe Anteil der Einbürgerungen ist in den letzten Jahren annähernd gleich geblieben, währenddem sich der Anteil der Niedergelassenen vergrössert hat. Der Wunsch von Ausländern, in der Schweiz zu leben und zu arbeiten, hat offensichtlich nicht gleichzeitig und notwendigerweise den Wunsch zur Folge, in dieser Gesellschaft auch im politischen Bereich zu partizipieren und damit selbst - als Stimmbürger - auf die Bedingungen der eigenen Lebenschancen Einfluss zu nehmen.

Der Sachverhalt der geringen Einbürgerungsquote, der nicht als selbstverständlich hingenommen werden kann, bedarf einer Erklärung. Die folgende Studie (1) versucht, die folgenden Fragen anzugehen:

- Welche Einstellungen haben ausländische Arbeitnehmer zur politischen Integration (Erwerb des Schweizer Bürgerrechtes)  
und
- durch welche Determinanten werden diese Einstellungen bestimmt?

## 2. THEORETISCHE UEBERLEGUNGEN

Allgemeiner Ausgangspunkt der Betrachtung der Ausländerproblematik im Hinblick auf politische Integration im Einwanderungsland ist die strukturelle Marginalität dieser Gruppe. Eine im Auswanderungsland bereits marginale Gruppe (2) ist im Einwanderungsland wiederum zur marginalen Gruppe geworden, deren Situation sich in bestimmter Hinsicht noch verschlechtert hat: Trennung von der Familie resp. Verwandtschaft, Land-Stadt-Wanderung mit den dadurch erzeugten Folgen wie Unsicherheit, dann die institutionellen Diskriminierungen und anderes mehr.

Jede Gesellschaft kann durch die unterschiedliche Teilnahme verschiedener gesellschaftlicher Gruppen an materiellen und immateriellen Gütern (darunter befinden sich die Rechte und Pflichten des Staatsbürgers) charakterisiert werden. Wir sprechen dann von ungleichen Teilnahmemöglichkeiten, wenn in einem oder mehreren gesellschaftlichen Bereichen die einen Gruppen grössere Teilnahmemöglichkeiten haben als andere. Die unterschiedliche Verfügbarkeit verschiedener gesellschaftlicher Gruppen über materielle und immaterielle Güter ist durch unterschiedliche Verfügungs- bzw. Machtchancen dieser Gruppen bedingt und impliziert unter anderem die Frage nach der Legitimität aktueller Verteilungen.

Um Ungleichheiten zu untersuchen, können zwei sich ergänzende Wege eingeschlagen werden. Einerseits kann der Grad der ungleichen Verteilung von und Teilnahme an Gütern objektiv festgestellt werden (vgl. Bildungs- und Einkommensstatistiken etc.), andererseits kann erforscht werden, in welcher Art und welchem Ausmass ungleiche Verteilung oder Teilnahme subjektiv erfahren wird. Wir sprechen im ersten Fall von objektiver Ungleichheit oder struktureller Marginalität bestimmter Gruppen, im zweiten Fall von subjektiv perzipierter Diskriminierung.

Der Zielsetzung dieser Studie entsprechend steht ein Aspekt politischer Teilnahme im Vordergrund: der Erwerb des Schweizer Bürgerrechtes mit den darausfolgenden Teilnahmemöglichkeiten am politischen System der Schweiz. Um die Ungleichheit der in der Schweiz wohnenden Ausländer und Schweizer bezüglich ihrer politischen Teilnahme zu untersuchen, müssen einenteils die objektiven Tatsachen, andernteils die Aspekte deren subjektiver Wahrnehmung erfasst werden.

Als grundlegende Hypothese könnte in diesem Zusammenhang formuliert werden, dass das Interesse und der Wille zur politischen Integration umso höher sind, je stärker formelle und faktische Teilnahmemöglichkeiten realistisch antizipiert werden können (3).



Spezifizieren wir diese Hypothese auf den Untersuchungsbe-  
reich, lassen sich folgende Sätze formulieren:

Je mehr die Immigration in die Schweiz als Zwang perzi-  
piert wird,  
je ausgeprägter die Rückkehrabsicht aufrechterhalten  
wird,  
je ausgeprägter die Kontakte mit dem Heimatland sind,  
je stärker die Marginalität in der Schweiz perzipiert  
wird,  
je stärker die Partizipation am System der Schweiz sich  
auf den beruflichen Sektor beschränkt,  
desto kleiner ist der Wunsch, am politischen System der  
Schweiz zu partizipieren.

und umgekehrt:

Je mehr und positivere Vorstellungen ein Immigrant mit-  
bringt,  
je veränderungswilliger und anpassungsfähiger ein Immi-  
grant ist,  
je mehr Kontakte zu Schweizern und je weniger Kontakte  
zu Italien (Land und Leute) bestehen,  
je höher der berufliche, und damit soziale Status, ist,  
je grösser der Aufstieg war, der in diesem Land vollzo-  
gen wurde,  
je grösser die Zufriedenheit mit dem gegenwärtigen Zu-  
stand ist,  
und je mehr Lebensbereiche von dieser Zufriedenheit er-  
fasst werden  
desto grösser ist die Bereitschaft zur politischen Inte-  
gration.

### 3. DARSTELLUNG DER ERGEBNISSE

#### 3.1. Methodologische Vorbemerkungen

Entsprechend der Zielsetzung der Studie und den zur Verfü-  
gung stehenden zeitlichen und finanziellen Ressourcen wurde  
eine Befragung von hundert ausländischen Arbeitnehmern mit  
einem halbstandardisierten Fragebogen vorgesehen, die durch  
zwei Gruppengespräche ergänzt und vertieft wurde.

Da die Italiener den grössten Ausländeranteil stellen  
(Stadt Zürich 1975: 43%) und eine Anknüpfung dieser Studie  
an frühere Italiener-Untersuchungen (Braun, 1970; Hoffmann-  
Nowotny, 1973) geplant war, wurde eine Wahrscheinlichkeits-  
auswahl vorgenommen (4), die folgenden Kriterien zu genügen  
hatte: italienische Arbeitnehmer im Alter von 20-65 Jahren,  
seit mindestens fünf Jahren in der Schweiz und gegenwärtig

in der Stadt Zürich wohnhaft. Die Interviews wurden von instruierten Tessiner Studenten durchgeführt.

Das eine Gruppengespräch zur Vertiefung wichtiger Fragen fand mit die Einbürgerung ablehnenden Italienern statt, deren Namen uns eine Kontaktperson vermittelte. Das zweite Gruppengespräch lief im Kreis kürzlich Eingebürgerter ab, deren Namen wir nach dem Zufallsprinzip der Liste der Eingebürgerten in einer Tageszeitung entnahmen.

### 3.2. Die Marginalität der Einwanderer

Marginalität ist der komplementäre Begriff zu Integration. Die Tatsache, dass es in dieser Studie um die politische Integration einer marginalen Bevölkerungsgruppe geht, soll anhand einiger Zahlen verdeutlicht werden.

90% der Befragten arbeiten als un-, an- oder gelernte Arbeiter. Rund zwei Drittel stammen aus dem strukturell schwachen Süden Italiens. Mehr als die Hälfte der Väter arbeiten als ungelernete Arbeiter, ein Viertel der Väter der Befragten sind kleine Selbständige. Mehr als die Hälfte der befragten Einwanderer ist nicht länger als fünf Jahre zur Schule gegangen und verdient rund Fr. 2000.- im Monat.

Es stellt sich nun die Frage, wie die Einwanderer ihre eigene strukturelle Marginalität einschätzen. Sie wurden im Fragebogen-Gespräch gebeten, ihre berufliche und finanzielle Situation vor fünf Jahren, heute und in fünf Jahren zu bewerten. Die Ziffer '10' bedeutet die Realisation jeglicher finanzieller und beruflicher Aspirationen, die Ziffer '0' keinerlei Realisationen. Wir vergleichen in der Folge die Resultate unserer Befragung mit der Repräsentationsbefragung italienischer Arbeitnehmer im Jahre 1969 (Hoffmann-Nowotny, 1973, S. 161f.).

Bei den Einschätzungen der heutigen Situation (1976) zeigt sich die tendenzielle Angleichung der Selbsteinschätzung der Italiener an diejenige der befragten Schweizer im Jahre 1969 (Hoffmann-Nowotny, 1973, S. 161: 35.5%/53.5%/10.1%/0.8%). Konnte damals festgestellt werden, dass das Aspirationsniveau der Italiener gegenüber demjenigen der Schweizer niedriger sei, ist heute die Feststellung erlaubt, dass das Aspirationsniveau der Italiener absolut gestiegen ist; der relative Vergleich mit Schweizern ist heute nicht möglich, da nur Italiener befragt wurden. Tatsache bleibt jedoch beim Einbezug der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung seit 1969, dass die Marginalität der südländischen Bevölkerung in der Schweiz nicht verringert worden ist.

Erstaunlich ist die Selbsteinschätzung der Situation in fünf Jahren: mehr als ein Drittel der Befragten gibt im Jahre 1976 keine Antwort. Dies ist in der gegenwärtigen Rezession zwar eine verständliche Reaktion - sie erstaunt aber deshalb, weil die Unsicherheit der ausländischen Arbeitnehmer darin so deutlich zutage tritt.

### 3.3. Auswanderungsproblematik und Rückkehrabsichten

Im Süden Italiens hat die sozioökonomische Struktur zu einem Armutssyndrom geführt, das von den Betroffenen selber als 'miseria' bezeichnet wird (Braun, 1970, S. 69f.). Frühere Studien zur Auswanderungsproblematik betonen, dass bereits die Herkunft aus Italien, in verstärktem Ausmass jedoch die Herkunft aus dem Süden Italiens, für Einwanderer einen Nachteil darstellt: die Süditaliener geniessen eine schlechtere schulische Ausbildung, weisen eine geringere berufliche Ausbildung und eine geringere Berufserfahrung im industriellen Sektor auf (Braun, 1970, S. 62f.; Hoffmann-Nowotny, 1973).

In unserer Studie unterscheiden wir bei den Auswanderungsmotiven zwischen einer absoluten ökonomischen Zwangslage - Arbeitslosigkeit in Italien -, einer relativen ökonomischen Zwangslage - dem Wunsch nach einer besseren Arbeit und einem höheren Einkommen in einem höherentwickelten Kontext - sowie familiären und anderen Gründen.

Während sich hinsichtlich des strukturellen Druckes zur Auswanderung die Herkunftsregionen der Befragten nicht wesentlich unterscheiden, zeigen sich zwischen Einwanderern aus Norditalien und solchen aus Süditalien signifikante Unterschiede in bezug auf ihre heutige Aufenthaltsperspektive:

Heutige Perzeption der Aufenthaltsdauer in Abhängigkeit von der regionaler Herkunft

Heutige Perzeption der Aufenthaltsdauer	Regionale Herkunft		(N)
	Norden	Süden	
nach ca 5 Jahren Rückkehr	32.2%	44.2%	(29)
nach längerer Zeit Rückkehr	22.6%	37.2%	(23)
in der Schweiz bleiben	45.2%	18.6%	(22)
Total (N)	100.0% (31)	100.0% (43)	(74)

Hier zeigt sich die stärkere Tendenz der Einwanderer aus dem Norden, in der Schweiz zu bleiben. Ob diese Tatsache unter anderem damit zusammenhängt, dass die Mentalität der Norditaliener derjeniger der Schweizer ähnlicher ist als diejenige der Süditaliener? Oder ob es den Norditalienern besser gelingt, in der Schweiz einen beruflichen Aufstieg zu vollziehen? Aufgrund früherer Fremdarbeiterstudien (vor allem Braun, 1970, S. 62f.) und ihrer entsprechenden Ergebnisse sind solche Fragen durchaus berechtigt.

Die eben festgestellte Tendenz der Einwanderer aus dem Norden, einen längeren Aufenthalt in der Schweiz zu planen, findet ihren Niederschlag auch in der Einstellung zur Einbürgerung.

Einstellung zur Einbürgerung in Abhängigkeit von der regionalen Herkunft

Einstellung zur Einbürgerung	Regionale Herkunft		(N)
	Norden	Süden	
Einbürgerung vorgesehen	20.0%	3.8%	(8)
eventuell Einbürgerung	23.3%	23.1%	(19)
keine Einbürgerung	56.7%	73.1%	(55)
Total (N)	100.0% (30)	100.0% (52)	(82)

Der Anteil der Norditaliener, die eine Einbürgerung ins Auge fassen, ist mehr als fünfmal so hoch als der entsprechende Anteil von Süditalienern.

Mehr als die Hälfte der italienischen Einwanderer kam bereits mit der Absicht, nach einigen Jahren zurückzukehren, in die Schweiz. Es lassen sich nun aber zwischen Nord- und Süditalienern auffallende Unterschiede feststellen. Die

Südtaliener befinden sich im allgemeinen seit weniger Jahren in der Schweiz als die Norditaliener (5), sie äussern in der Regel ausgeprägtere Rückkehrabsichten, bewahren zu den Schweizern eine grössere soziale Distanz und fühlen sich im allgemeinen auch stärker diskriminiert als die Norditaliener.

Die Norditaliener weisen demzufolge sehr viel günstigere Einbürgerungsdispositionen auf als ihre Landsleute aus dem Süden. Es stellt sich hier die Frage, ob die südtalienenische Einwanderergruppe bei zunehmender Aufenthaltsdauer in der Schweiz ein ähnliches 'Anpassungssyndrom' aufweisen werden.

### 3.4. Allgemeine und berufliche Diskrimination

Durch ihre Berufstätigkeit stellt der berufliche Bereich für die ausländischen Arbeitskräfte jenen gesellschaftlichen Bereich dar, in den sie am stärksten integriert sind. Aus diesem Grund kann man folgern, dass die berufliche Integration vermutlich auf die Art und Weise der politischen Integration einen Einfluss ausübt.

Im folgenden soll untersucht werden, ob und in welchem Ausmass die befragten Einwanderer einen beruflichen Aufstieg vollzogen haben, und ob gegebenenfalls ein beruflicher Aufstieg die Einstellung zur Einbürgerung beeinflusst.

#### Die beruflichen Stellungen der befragten Einwanderer: ein Vergleich

	Befragter		
	in Italien	bei Einreise	heute
Handlanger/Landarbeiter	33%	33%	15%
unqualif. Arbeiter	17%	26%	21%
halb qualif. Arbeiter	6%	10%	22%
qualif. Arbeiter	20%	20%	28%
Werkmeister, Vorarbeiter	1%	1%	3%
unterer Beamter/Angestellter	1%	-	1%
mittlerer Beamter/Angestellt	1%	1%	2%
Kleiner Unternehmer	8%	1%	2%
Grösserer Unternehmer	7%	5%	5%
Anderes (kein Beruf, Student)	6%	3%	1%
Total	100%	100%	100%
(N)	(100)	(100)	(100)

Die Anteile der Handlanger/Landarbeiter und unqualifizierte Arbeiter, die in Italien 50% ausmachten, haben sich zur Zeit der Einreise auf 59% erhöht und betragen heute 36%. Demgegenüber beträgt der Anteil der halb- und vollqualifizierten Arbeiter an allen Arbeitskräften heute 50%. Diesem

relativen Aufwärtstrend muss jedoch die Tatsache entgegengehalten werden, dass die Arbeiter in der Schweiz bekanntlich die unterste Berufskategorie darstellen.

Mit anderen Worten hat sich die berufliche Situation des Einwanderers absolut verbessert, und zwar im Masse des schichtspezifischen Entwicklungsunterschiedes zwischen Italien und der Schweiz. Relativ gesehen ist jedoch die Marginalität in vollem Umfang erhalten geblieben.

Ein signifikanter Zusammenhang zwischen der beruflichen Stellung und der Bereitschaft zur Einbürgerung lässt sich nicht nachweisen. Dasselbe gilt hinsichtlich des Einkommens und der Bereitschaft zur Einbürgerung.

Rund die Hälfte der Befragten ist mit ihrer aktuellen beruflichen Situation zufrieden (50 von 100), ein kleinerer Anteil (28 von 100) möchte seine berufliche Situation verbessern, sieht jedoch keine Möglichkeit, diesen Wunsch zu realisieren, und knapp ein Fünftel der Befragten (18 von 100) möchte die berufliche Situation ebenfalls verbessern und sieht auch die Möglichkeit, diese Verbesserung aus eigenen Kräften zu leisten.

Vergleichen wir diese Antwortverteilung mit derjenigen auf die Frage, ob sich die Einwanderer bei gleichen beruflichen und lohnmassigen Bedingungen in der Schweiz und in Italien für die Rückkehr oder das Hierbleiben entscheiden würden, erhalten wir folgendes Bild:

Rückkehrabsicht in Abhängigkeit von den beruflichen Mobilitätsaspirationen

Rückkehrabsicht	Berufliche Mobilitätsaspirationen			(N)
	'Zufriedene'	'Optimisten'	'Pessimisten'	
Rückkehr	72.0%	80.0%	96.0%	(72)
Hierbleiben	28.0%	20.0%	4.0%	(18)
Total (N)	100.0% (50)	100.0% (15)	100.0% (25)	(100)

Die Möglichkeit, denselben Beruf mit demselben Lohn in Italien auszuüben, würden 72 aller 100 Befragten ergreifen.

Sogar 72% aller 'Zufriedenen', das heisst jener Befragten, die mit ihrer beruflichen Situation zufrieden sind, würden unter diesen Voraussetzungen nach Italien zurückkehren. Bei den 'Optimisten', das heisst jenen, die eine Möglichkeit sehen, ihre nicht zufriedenstellende berufliche Situation verbessern zu können, ist der Anteil der potentiellen Rück-



wanderer noch grösser. Am grössten ist er bei den 'Pessimisten', das heisst jenem Viertel aller Befragten, das keine Möglichkeit sieht, die unbefriedigende berufliche Situation zu verbessern.

Einmal ist in diesem Zusammenhang sicher darauf hinzuweisen, dass ein grosser Teil der italienischen Einwanderer schon bei der Einreise in die Schweiz die Absicht äusserten, nach einigen Jahren in die Heimat zurückzukehren. Zum andern muss aber betont werden, dass die latente Rückkehrbereitschaft bei den befragten Italienern doch hoch ist. Sie ist auch dann hoch, wenn die Befragten die Ansicht äussern, mit ihrer beruflichen Situation in der Schweiz zufrieden zu sein.

Für viele Einwanderer mögen ständige Veränderungen im Berufsleben erschwerend ins Gewicht fallen. Nur die Hälfte der Befragten übt seit der Einreise denselben Beruf aus. Ein Drittel der Befragten arbeitet bereits zum mindestens zweiten Mal in der Schweiz, ist also vorübergehend wieder nach Italien zurückgekehrt. Die Stellenwechsel finden relativ häufig statt. Von den Befragten haben 23 von 100 bisher einmal, 50 von 100 zwei- bis dreimal und 27 von 100 mehr als viermal die Stelle gewechselt seit ihrer Einreise.

Die folgende Tabelle stellt den Zusammenhang zwischen der Rückkehrabsicht (bei gleichem Berufs- und Lohnangebot in Italien und der Schweiz) und der perzipierten beruflichen Diskrimination dar.

Rückkehrabsicht in Abhängigkeit von der Diskrimination im Beruf

Rückkehrabsicht	Perzipierte berufliche Diskrimination		(N)
	tief	hoch	
Rückkehr	65.2%	97.7%	(71)
Hierbleiben	34.8%	2.3%	(17)
Total (N)	100.0% (46)	100.0% (42)	(88)

Es überrascht kaum, dass von jenen Befragten, die sich diskriminiert fühlen, nahezu alle zurückkehren würden, wenn ihnen in Italien entsprechende berufliche Möglichkeiten geboten würden. Auch die Anzahl derjenigen Einwanderer, die sich gleichberechtigt fühlen, aber gleichwohl zurückkehren würden, ist hoch.

Wir erhalten hier möglicherweise Hinweise darauf, dass berufliche Zufriedenheit bei der Mehrheit der untersuchten Einwanderer nicht den zentralsten Stellenwert einnimmt hinsichtlich einer allgemeinen Zufriedenheit. Offensichtlich



spielen andere Bereiche im Leben des Einwanderers eine mindestens ebenso wichtige Rolle.

Perzipierte allgemeine Diskriminierung in Abhängigkeit von der Aufenthaltsdauer in der Schweiz

Perzipierte allgemeine Diskriminierung	Aufenthaltsdauer			(N)
	5-10 J.	10-14 J.	15+ mehr J.	
tief	34.3%	63.0%	65.6%	(50)
hoch	65.7%	37.0%	34.4%	(44)
Total (N)	100.0% (35)	100.0% (27)	100.0% (32)	(94)

Wir sehen, dass sich nach einem zehnjährigen Aufenthalt, der bei den italienischen Einwanderern in der Regel mit der Erlangung der Niederlassungsbewilligung zusammenfällt, die perzipierte Diskriminierung abnimmt.

Betrachten wir nun in der folgenden Tabelle den Zusammenhang zwischen perzipierter Diskrimination und der Einstellung zur Einbürgerung.

Einstellung zur Einbürgerung in Abhängigkeit von der perzipierten allgemeinen Diskrimination

Einstellung zur Einbürgerung	Perzipierte Diskrimination		(N)
	ja	nein	
Einbürgerung vorgesehen	0.0%	18.2%	(8)
eventuell Einbürgerung	18.2%	25.0%	(17)
keine Einbürgerung	81.8%	56.8%	(52)
Total (N)	100.0% (33)	100.0% (44)	(77)

Der weitaus grösste Anteil der sich diskriminiert fühlenden Einwanderer sieht keine Einbürgerung vor. Dieser Anteil beträgt bei jenen, die sich den Schweizern gleichberechtigt fühlen, nur gut die Hälfte.

Zusammenfassend können wir einen signifikanten Zusammenhang zwischen der perzipierten Diskriminierung und der Einstellung zur Einbürgerung nachweisen. Die Diskrimination wird ihrerseits beeinflusst durch die Länge des Aufenthaltes in der Schweiz, wobei sich mit zunehmender Aufenthaltsdauer sowohl das Einkommen als auch die berufliche Situation verbessern.

Signifikante Beziehungen zwischen Einkommen wie beruflicher Stellung und der Einstellung zur Einbürgerung konnten nicht nachgewiesen werden. Es zeigte sich jedoch, dass berufliche Zufriedenheit und die perzipierte berufliche Aufstiegsmöglichkeit die latent vorhandene Rückkehrbereitschaft nicht beeinflussen. Drei Viertel der Befragten würden bei gleichen Berufs- und Lohnaussichten in Italien und in der Schweiz nach Italien zurückkehren.

### 3.5. Sprachliche und kulturelle Integration

Die Partizipation im sozio-kulturellen Bereich umfasst in unserer Studie die Kenntnis und Anwendung der deutschen Sprache sowie die Teilnahme an informellen (Freundeskreis, Nachbarschaft) und formellen (Vereine, Gewerkschaften) Kontakten im Einwanderungsland.

Es zeigt sich, dass die Kenntnisse der deutschen Sprache bezüglich der Unterscheidung in Hochsprache und Dialekt beträchtlich voneinander abweichen.

Die Kenntnisse des Dialektes erwiesen sich als bedeutend besser als diejenigen der deutschen Hochsprache. Währenddem zwei Drittel der Befragten gute bis mässige Dialektkenntnisse aufweisen, haben ebenfalls zwei Drittel der Einwanderer schlechte bis keine Kenntnisse der deutschen Hochsprache. Dies letztere weist sich ungünstig aus im Hinblick auf die Partizipation an deutschsprachigen Massenmedien. Es lässt sich ein signifikanter Zusammenhang zwischen Massenmediensprache und Einstellung zur Einbürgerung nachweisen. Die Norditaliener benutzen in grösserem Ausmass die deutschsprachigen Massenmedien.

#### Die Einstellung zur Einbürgerung in Abhängigkeit der Massenmediensprache

Einstellung zur Einbürgerung	Bevorzugte Massenmediensprache		(N)
	ausschl.-mehrheitl. italienisch	zweisprachig-mehr. deutsch	
Einbürgerung vorgesehen	3.4%	25.0%	(8)
eventuell Einbürgerung	13.8%	45.8%	(19)
keine Einbürgerung	82.8%	29.2%	(55)
Total (N)	100.0% (58)	100.0% (24)	(82)

Ueber 80% der vorwiegend itelienischsprachigen Massenmedien benützenden Einwanderer stehen der Möglichkeit der Einbürgerung ablehnend oder indifferent gegenüber. Hingegen fassen ein Viertel bzw. knapp die Hälfte der auch deutschsprachige Massenmedien benutzenden Italienern in der Schweiz eine Einbürgerung unter Umständen ins Auge. Der Zusammenhang zwischen der Massenmediensprache und der Einstellung zur Einbürgerung hat sich als signifikant erwiesen.

Die Vermutung, dass die Aufenthaltsdauer einen Einfluss darauf haben könnte, ob sich ein Einwanderer über die schweizerische Kultur und Politik informiert, hat sich nicht bestätigt. Hingegen bringt die folgende Tabelle einen interessanten Hinweis.

Einstellung zur Einbürgerung in Abhängigkeit des Informationsgrades hinsichtlich schweizerischer Kultur und Politik

Einstellung zur Einbürgerung	Informiertheitsgrad			(N)
	hoch	mittel	tief	
Einbürgerung vorgesehen	17.1%	10.5%	0.0%	(8)
eventuell Einbürgerung	28.6%	21.1%	17.9%	(19)
keine Einbürgerung	54.3%	68.4%	82.1%	(55)
Total (N)	100.0% (35)	100.0% (19)	100.0% (28)	(82)

Ueber die Hälfte jener Befragten, die sich regelmässig informieren und demzufolge einen hohen Informiertheitsgrad aufweisen, haben keinerlei Wunsch, sich einzubürgern. Dies kann als Hinweis auf eine bestimmte Gruppe von Einwanderern hinweisen, die - wie das im folgenden Kapitel weiter ausgeführt wird - zum einen in der Schweiz bleiben wollen, zum andern aber nicht die Absicht haben, sich hier einzubürgern. Wie sich erweisen wird, sind die erwähnten Einwanderer in der Mehrzahl politisch engagiert. (6)

Hinsichtlich des Freundeskreises lässt sich aus den Antworten schliessen, dass die Zusammensetzung des Freundeskreises nach Nationalitäten offenbar einen entscheidenden, positiv wirkenden Einfluss auf die Einstellung zur Einbürgerung ausübt. Hingegen darf angenommen werden, dass diese Problematik weder im italienischen noch im schweizerischen Freundeskreis zur Sprache kommt. Drei Viertel der Befragten sprechen kaum oder nie mit Freunden über dieses Thema. Es hat sich auch in den erwähnten Gruppengesprächen gezeigt, dass der Entschluss zur Einbürgerung relativ 'einsam' gefällt wird.

Betrachten wir zum Abschluss dieses Kapitels über die Partizipation der Einwanderer im sozio-kulturellen Bereich die formellen Kontakte. Gut ein Drittel aller Befragten ist gewerkschaftlich organisiert, hingegen nur ein Fünftel in Vereinen irgendwelcher Ausrichtung beteiligt (7). Formelle Kontakte scheinen also nur bei einem kleinen Teil der Befragten zu bestehen. Signifikante Beziehungen zwischen der Art und dem Ausmass formeller Kontakte in der Schweiz und der Einstellung zur Einbürgerung konnten nicht nachgewiesen werden.

### 3.6. Politische Orientierungen und Einbürgerung

In den bisherigen Erörterungen zeigte sich immer wieder, dass ein relativ grosser Teil der Befragten zu den diskutierten Fragen keine Meinung äusserte. In Anbetracht dieser Tatsache muss zunächst erstaunen, dass auf die Frage nach dem Wunsch, in der Schweiz an Abstimmungen und Wahlen teilzunehmen, fast drei Viertel aller Befragten teilnehmen möchten und nur ganze drei Prozent 'keine Meinung' äussern.

Möglicherweise wird die Frage nach dem Wahl- und Abstimmungswunsch in der Schweiz von den Einwanderern als so hypothetisch betrachtet, dass auch die Antwort darauf relativ unverbindlich erscheint. Immerhin ist in Betracht zu ziehen, dass jene 24%, die nicht wählen und abstimmen möchten in der Schweiz, zu jener grösseren Gruppe gehören könnten, die bei der Mehrzahl der diskutierten Fragen 'keine Meinung' geäussert hat.

40% der Befragten geben ihre Stimme in Italien den linken Parteien (PCI, PSI u.a.), 14% stimmen für rechte Parteien (DC, MSI u.a.) und die übrigen 46% geben keine Parteipräferenz an. Rund die Hälfte dieser letzteren wies bei der Befragung explizit darauf hin, dass sie ihre Wahlpräferenz geheim halten möchte.

Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, inwiefern beispielsweise der Wunsch nach politischer Partizipation mit der Einstellung zur Einbürgerung verknüpft ist.

Einschätzung der niedrigen Einbürgerungsquote (1.5% p.a.)  
in Abhängigkeit vom Stimmwunsch in der Schweiz

Einschätzung der niedrigen Einbürgerungsquote	Stimmwunsch in der Schweiz		
	ja	nein	(N)
durch restriktive schweiz. Stabilisierungspolitik	63.2%	28.3%	(34)
infolge Rückkehrwunsches der Einwanderer	36.8%	72.7%	(26)
Total (N)	100.0% (49)	100.0% (11)	(60)

Von denjenigen Einwanderern, die den Wunsch äussern, in der Schweiz stimmen zu können, erklären zwei Drittel die niedrige Einbürgerungsquote mit der restriktiven Stabilisierungspolitik der schweizerischen Behörden. Anders ist bei jenen Einwanderern, die keine Stimmteilnahme in der Schweiz wünschen: sie erklären die niedrige Einbürgerungsquote mehrheitlich mit dem Rückkehrwunsch der eingewanderten Ausländer. Kurz gesagt argumentieren die politisch Interessierten mit politischen, die politisch nicht Interessierten mit ausserpolitischen Erklärungen.

Es kann festgestellt werden, dass politisches Interesse mit einer positiven gewerkschaftlichen Einstellung zusammenhängt: Es lässt sich ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Mitgliedschaft in schweizerischen Gewerkschaften und der Wahlteilnahme in Italien feststellen.

Die ablehnendste Einstellung gegenüber einer Einbürgerung lässt sich bei jenen Einwanderern feststellen, die die Organisation der Arbeiter und den Streik betonen. Demgegenüber weist die Hälfte jener Befragten, die die individuellen Fähigkeiten hervorheben, gegenüber einer Einbürgerung eine tendenziell positive Einstellung auf.

Des weiteren zeigt sich auch, dass dann, wenn regelmässig in Italien gestimmt wird, und damit eine Präferenz für die Parteien der Linken nachgewiesen werden kann, die Einbürgerung tendenziell zurückgewiesen wird.

Erinnern wir uns in diesem Zusammenhang an die Tabelle 3.29 und das anschliessend Erwähnte, so dürften jene Einwanderer mit hohem Informiertheitsgrad hinsichtlich schweizerischer Kultur und Politik unter Umständen mit den eben erwähnten Befragten zusammenfallen, die sich gewerkschaftlich organisieren, am politischen System Italiens partizipieren und der Arbeiterorganisation einen gewissen Wert beimessen. Beide Gruppen legen gegenüber der Einbürgerung eine ablehnende Einstellung an den Tag.

Die folgende Tabelle weist in eine ähnliche Richtung.

Einstellung zur Einbürgerung in Abhängigkeit der Parteipräferenz in der Schweiz

Einstellung zur Einbürgerung	Parteipräferenz in der Schweiz		(N)
	linke Parteien (SP, POCH, PdA)	übrige Parteien (FdP, CVP, NA)	
Einbürgerung vorgesehen	15.0%	11.1%	(7)
eventuell Einbürgerung	20.0%	66.7%	(14)
keine Einbürgerung	65.0%	22.2%	(28)
Total (N)	100.0% (40)	100.0% (9)	(49)

Es manifestiert sich deutlich die Tendenz der Anhänger von Linksparteien, sich gegen eine Einbürgerung zu entscheiden. Hingegen erwägen drei Viertel jener Befragten, die für die übrigen Parteien votieren eine Einbürgerung. Diese Phänomene könnten damit erklärt werden, dass im allgemeinen eher Personen mit individueller Aufstiegsorientierung sich für die bürgerlich-liberalen Parteien entscheiden. Eines der wichtigsten Ergebnisse der Gruppengespräche mit frisch Eingebürgerten weist bekanntlich darauf hin, dass sich ausgesprochen aufstiegsorientierte Einwanderer für die Einbürgerung entscheiden. Demgegenüber zeichnet sich in unserem Sample von italienischen Arbeitnehmern eine Gruppe von Einwanderern ab, die am Geschehen der Schweiz interessiert und politisch engagiert ist, der Einbürgerung gegenüber jedoch ablehnend eingestellt ist.

### 3.7. Einstellungen und Informationsstand über Einbürgerung (9)

In den letzten Kapiteln wurden die subjektiven Auswirkungen aufgezeigt, die die strukturelle Marginalität der Einwanderer aus den südlichen Ländern in unserem Land aufweist: die Unsicherheit und perzipierte Diskriminierung, die geringe sprachliche Assimilation und das beschränkte Ausmass der sozialen Kontakte mit Schweizern. Zieht man zusätzlich die tendenziell aufrechterhaltene Rückkehrabsicht in Betracht, mit der die meisten Italiener eingewandert sind, kann der kleine Anteil der an einer Einbürgerung Interessierten kaum erstaunen.



### Einstellung zur Einbürgerung

Gesuch um Einbürgerung bereits eingereicht	5.0%
Fester Entschluss zur Einbürgerung	3.0%
Eventuell Einbürgerung	19.0%
Keine Einbürgerung	55.0%
Keine Meinung	18.0%
Total	100.0%
(N)	(100)

Ein enger Zusammenhang ist zwischen der Einstellung zur Einbürgerung und der Kenntnis der Einbürgerungsbedingungen festzustellen.

### Kenntnisse der Einbürgerungsbedingungen in Abhängigkeit von der Einstellung zur Einbürgerung

Kenntnisse der Einbürgerungsbedingungen	Einstellung zur Einbürgerung			(N)
	E.vorgesehen	ev.E.	keine E.	
gute Kenntnisse	50.0%	26.3%	7.3%	(13)
teilweise Kenntnisse	12.5%	21.1%	25.4%	(19)
keine Kenntnisse	37.5%	52.6%	67.3%	(50)
Total	100.0%	100.0%	100.0%	
(N)	(8)	(19)	(55)	(82)

Zwar wären bei jenen, die eine Einbürgerung vorsehen, höhere Kenntnisse zu erwarten gewesen, es zeichnet sich trotzdem die Tendenz ab, dass mit steigendem Interesse für eine Einbürgerung der Grad der Kenntnisse über die Einbürgerungsbedingungen steigt.

Die Hälfte der Befragten kennt die Einbürgerungsbedingungen nicht, und mehr als die Hälfte gibt an, sich nicht für eine Einbürgerung zu interessieren. So antwortet auch auf die Fragen nach der Bewertung der heutigen und Wünschen im Hinblick auf eine neue Einbürgerungsregelung kaum ein Drittel aller Befragten - die restliche Mehrheit äussert keine Meinung.

Beim Fragebogengespräch hat nur ein Viertel aller hundert Befragten auf die Frage nach den Gründen, die für eine Einbürgerung sprechen, geantwortet. Der weitaus grösste Anteil der Antworten betrifft das Ausmass an allgemeiner Sicher-



heit, das sich Ausländer in der Schweiz versprechen: Sicherheit in materieller wie sozialer Hinsicht.

Zwei Drittel haben demgegenüber Gründe angegeben, die gegen eine Einbürgerung sprechen.

#### Hauptgrund gegen die Einbürgerung

Der Stolz, Italiener zu sein (patriotismo)	33.0%
Die Absicht, nach Italien zurückzukehren	23.0%
Kein Verständnis für die schweiz. Mentalität	3.0%
Zu strenges Einbürgerungsverfahren	2.0%
Kein Verständnis der Schweizer f.d. it. Mentalität	2.0%
Diverses wie 'Svizzero so nasce'	3.0%
Keine Meinung / keine Antwort	34.0%
<hr/>	
Total	100.0%
(N)	(100)

Wir erkennen in diesen Antworten den Stellenwert des 'patriotismo' sowie der Rückkehrabsicht. Offensichtlich wiegen diese Gründe ungleich schwerer als beispielsweise die strengen Einbürgerungsbedingungen. Die Gespräche mit den Eingebürgerten haben bekanntlich gezeigt, dass dann, wenn der Entschluss zur Einbürgerung gefallen ist, die Einbürgerungsbedingungen kaum mehr als streng oder schwierig perzipiert werden.

Die Frage nach der Doppelbürgerschaft vermochte vergleichsweise viele Befragte zu einer Stellungnahme zu mobilisieren. Auf die Frage 'Würden Sie eher die Einbürgerung anfordern, wenn Sie gleichzeitig das italienische Bürgerrecht behalten könnten?' antworteten mit

ja, auf jeden Fall	38.0%
eventuell ja	29.0%
nein	22.0%
keine Meinung	11.0%
<hr/>	
Total	100.0%
(N)	(100)

Zwei Drittel der Befragten messen der Möglichkeit der Doppelbürgerschaft eine Wirkung zu im Hinblick auf ihre Einstellung zur Einbürgerung. Tatsächlich besteht für die meisten Einwanderer noch eine relativ starke Affinität zu ihrem Heimatland: 87% verbringen ihre Ferien in Italien, ein knapper Viertel davon gar bei der Familie und Verwandten. Die Affinität manifestiert sich auch darin, dass zwei Drittel der Befragten in Italien stimmen und wählen gehen. Drei Viertel der befragten Einwanderer würden nach Italien zu-

rückkehren, wenn die beruflich-finanzielle Situation das erlauben würde.

Immer wieder in einem gewissen Widerspruch zu solchen Antworten, die auf eine starke Bindung zum Herkunftsland hinweisen, stehen die Antworten auf Fragen nach einer möglichen politischen Teilnahme in der Schweiz. Dort treffen wir durchwegs auf 'Gefälligkeitsantworten' einer marginalen Minorität, deren Selbstschutz wohl gerade darin besteht, sich als Angehöriger einer andern, der ursprünglichen Nation, zu fühlen.

Von daher kann das Interesse an Themenbereichen, wie die Einbürgerung einen darstellt, nur gering oder nicht vorhanden sein. Möglicherweise kann dieses Desinteresse gar als eine Form der Weigerung aufgefasst werden, die sich nicht ausschliesslich mit der Rückkehrabsicht und der strukturellen Marginalität erklären lassen.

### 3.7.1 Kleingruppengespräche zur Einbürgerung

Gespräche in Kleingruppen erlauben gewisse Vertiefungen von Fragen sowie Zusatzfragen, die in einem Interview mit Fragebogen nicht möglich sind. Sie erlauben es auch, Äusserungen, die fallen, in einem Gesamtzusammenhang zu sehen und durch die Konfrontation mehrerer Personen mit ähnlichen Konstellationen eine umfassendere Information zu gewinnen, als das durch das vorstrukturierte, einzelne Interview möglich ist.

Wie kommt nun ein Ausländer dazu, sich gegenüber einer Einbürgerung positiv, indifferent oder negativ zu verhalten? Um dieser Frage vertieft nachgehen zu können, wurden zwei Gruppengespräche durchgeführt:

- a) mit Italienern, die sich nicht einbürgern wollen,
- b) mit kürzlich Eingebürgerten.

Zu a)

Jene Einwanderer, die sich nicht einbürgern wollen, kommen vorwiegend aus Mittel- und Süditalien, und zwar eher aus unterentwickelten Gebieten. Die Emigration wird als Folge der Arbeitslosigkeit in Italien bezeichnet. Zu Beginn des Aufenthaltes spielte die Hoffnung der Rückkehr eine zentrale Rolle. Der Aufenthalt in der Schweiz wird als Zwangslage perzipiert.

Die ersten zehn Jahre mit der anfangs jährlich, später alle zwei Jahre zu erneuernden Aufenthaltsbewilligung werden als Zwangsintegration - integrazione forzata - bezeichnet: der Aufenthalt ist nicht aus freiem Willen gewählt worden.

Die Situation der Einwanderer in diesen ersten zehn Jahren wird durch die Erfahrung kultureller, sozialer, politischer und polizeilicher Diskriminierung sowie durch Drohungen der xenophobischen Gruppen geprägt. Der Einwanderer steht einer ihm fremden, fast feindlichen Umwelt gegenüber, deren Sprache er nur mangelhaft beherrscht und deren Sitten ihm unbekannt sind.

Die oben erwähnten Schwierigkeiten machen den Zuzug zu Schweizern für den Immigranten anstrengend. Noch am leichtesten ist es, durch die Kontakte am Arbeitsplatz und allenfalls in einer Gewerkschaft den Zugang zu finden. Durch die Wohnsituation und Arbeitssituation werden Immigrantenghettos geschaffen, aus denen ein Ausweg schwierig wäre, selbst wenn es jemand wollte. Der Zusammenhalt in den Immigrantengruppen polstert andererseits die täglich erfahrenen Diskriminationen ab.

Die Einstellungen zur Einbürgerung können nicht unabhängig von den ersten zehn Jahren konfliktueller Erfahrungen mit der Schweiz betrachtet werden. Da die Frage der Einbürgerung weder von Arbeitgebern, Gewerkschaften, Wohngemeinden etc. aufgenommen wird, bleibt diese Problematik eine individuelle für den Immigranten. War die erste Dekade in der Schweiz eine Erfahrung mangelnder sozialer Integration (Kontakte, Sprache), mangelnder kultureller Integration (Fremdsein, Marginalität), konfliktueller politischer Integration (Ueberbefremdungssinitiativen etc.) und allgemeiner Diskriminierung, so wird eine Einbürgerung nicht angestrebt.

Dies ist eher möglich bei grosser Affinität zur schweizerischen Kultur, guten Kontakten und sozioökonomischen Vorteilen, bei einem weitgehenden Bruch, einer Entfremdung mit Italien. Das zu Erwerbende muss attraktiver sein als die alte Identität.

Die in Aussicht gestellte Wahl- und Stimmbeteiligung bei Erwerb des Bürgerrechtes - nach mindestens 12 Jahren aufgezwungener politischer Abstinenz in einem Land mit zunehmendem politischen Absentismus - wirkt kaum als Stimulus für eine Einbürgerung.

Diese obigen Bemerkungen gelten insbesondere für die Einwanderer der ersten Generation. Die zweite Generation, die in der Schweiz geboren und/oder aufgewachsen ist, macht nach bisherigen Untersuchungen aus andern Ländern (Lenski, 1963) in dem Ausmass konfliktuelle Integrationserfahrungen, indem sie den Einflüssen des nicht-integrierten Familienkontextes sowie den Erfahrungen in den Schulen des Einwanderungslandes ausgesetzt ist. Die dritte Generation schliesslich stellt wahrscheinlich die grösste und am wenigsten konfliktive Bereitschaft zur Einbürgerung vor.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich die mehrheitlich indifferente bis ablehnende Einstellung zur Einbürgerung nur dann verändern wird, wenn die Einwanderer in den ersten zehn Jahren positivere Integrationserfahrungen machen können. Diese Tatsache scheint uns klar aus den Gruppengesprächen mit Ausländern, die sich nicht einbürgern wollen, hervorgegangen zu sein.

zu b)

Im Gegensatz zu den die Einbürgerung ablehnenden Italienern, stammen die kürzlich Eingebürgerten alle aus Norditalien.

Die Emigrationsmotivation setzt sich zum einen aus Unternehmungslust und Neugier, zum andern aus einem Mangel an befriedigenden Arbeitsmöglichkeiten zusammen. Die Ausreise in die Schweiz wird als individueller Akt geschildert, im Gegensatz zu den gruppenweisen Einreisen der meisten Südtaliener. Berufliche Weiterbildung steht im Vordergrund.

In allen Fällen ergibt sich durch den beruflichen Aufstieg eine andauernde Assimilation, die selber aktive vorangetrieben wird. Die ersten zehn Jahre werden ebenfalls als schwierig und entbehrungsreich dargestellt. Hingegen ergibt sich aus dem beruflichen Weiterkommen eine Gratifikation, die es ermöglicht, diese Entbehrungen auszuhalten. Die Sprachschwierigkeiten werden als solche perzipiert und zu überwinden versucht durch Besuch von Kursen u.ä.

Nach der Einreise wird eine bewusste Distanzierung zu italienischen Kollegen vorgenommen als einzige Möglichkeit, mit Schweizern in Kontakt zu kommen und die Sprache und Kultur dieses Landes kennen zu lernen. Auf die Südländer wird herabgeschaut. Es werden kaum mehr Kontakte gepflegt zum Heimatland und zur Herkunftsfamilie.

Mit zunehmender Aufenthaltsdauer, zunehmendem Alter, Familiengründung (mit Schweizerinnen oder aber Ausländerinnen als Frauen) und dem Bedürfnis, für sich selber und seine Familie eine sichere Existenz zu schaffen, kommt der Wunsch, sich dauernd hier niederzulassen und das formell bestätigen zu lassen. Insbesondere ist auch der Wunsch ausgeprägt, wieder eine Identität zu haben, und da ausgeprägte - primär - gefühlsmässige Bindungen zur Schweiz vorliegen, diese in der Schweiz zu erhalten. Zur Erlangung dieser Bestätigung der gefühlsmässigen Bindung an die Schweiz sowie der gewünschten Sicherheit werden die Einbürgerungsbedingungen gerne erfüllt.

Die politischen Rechte werden kaum erwähnt, sie wurden auch früher in Italien kaum wahrgenommen und spielen bei den Ueberlegungen zur Einbürgerung keine entscheidende

Rolle. Im Vordergrund stehen wie bereits erwähnt, der Erwerb einer gewissen Sicherheit und der Wunsch, Staatsbürger eines Landes zu sein, das zu einem grossen Teil als vorbildlich dargestellt wird: durch die direkt-demokratische Einrichtung, durch die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten, durch die Zuverlässigkeit der Leute und Institutionen etc. Gewissermassen werden die Stereotype, die nach Ansicht vieler 'zur Schweiz gehören', reproduziert.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass es sich bei unserer Auswahl frisch eingebürgerter ehemaliger Italiener um eine Gruppe von eindeutig aufstiegsorientierten Personen handelt, die zudem alle aus dem Norden Italiens stammen. Die Möglichkeit des beruflichen Erfolges hat offensichtlich die ebenfalls enttäuschenden Erfahrungen der ersten zehn Aufenthaltsjahre in der Schweiz zu kompensieren vermocht.

#### 4. INTERPRETATION DER ERGEBNISSE

##### 4.1. Versuch einer Typologisierung der Einwanderer aufgrund ihrer Einstellung gegenüber einer Einbürgerung

Anpassungsreaktionen auf strukturelle Situationen sind abhängig von den subjektiven Interpretationen der gegebenen Situation sowie von den Möglichkeiten, die sich den Betroffenen, hier den Einwanderern, bieten: ihre Persönlichkeitsstruktur, ihre Qualifikationen und ihre Lernfähigkeit, ihre strukturellen Chancen.

Aus heuristischen Gründen schien es sinnvoll, einen Versuch einer Typologisierung der italienischen Einwanderer aufgrund ihrer Einstellung zur Einbürgerung vorzunehmen, wenn es auch nicht möglich war, die einzelnen Typen empirisch vollständig abzusichern.

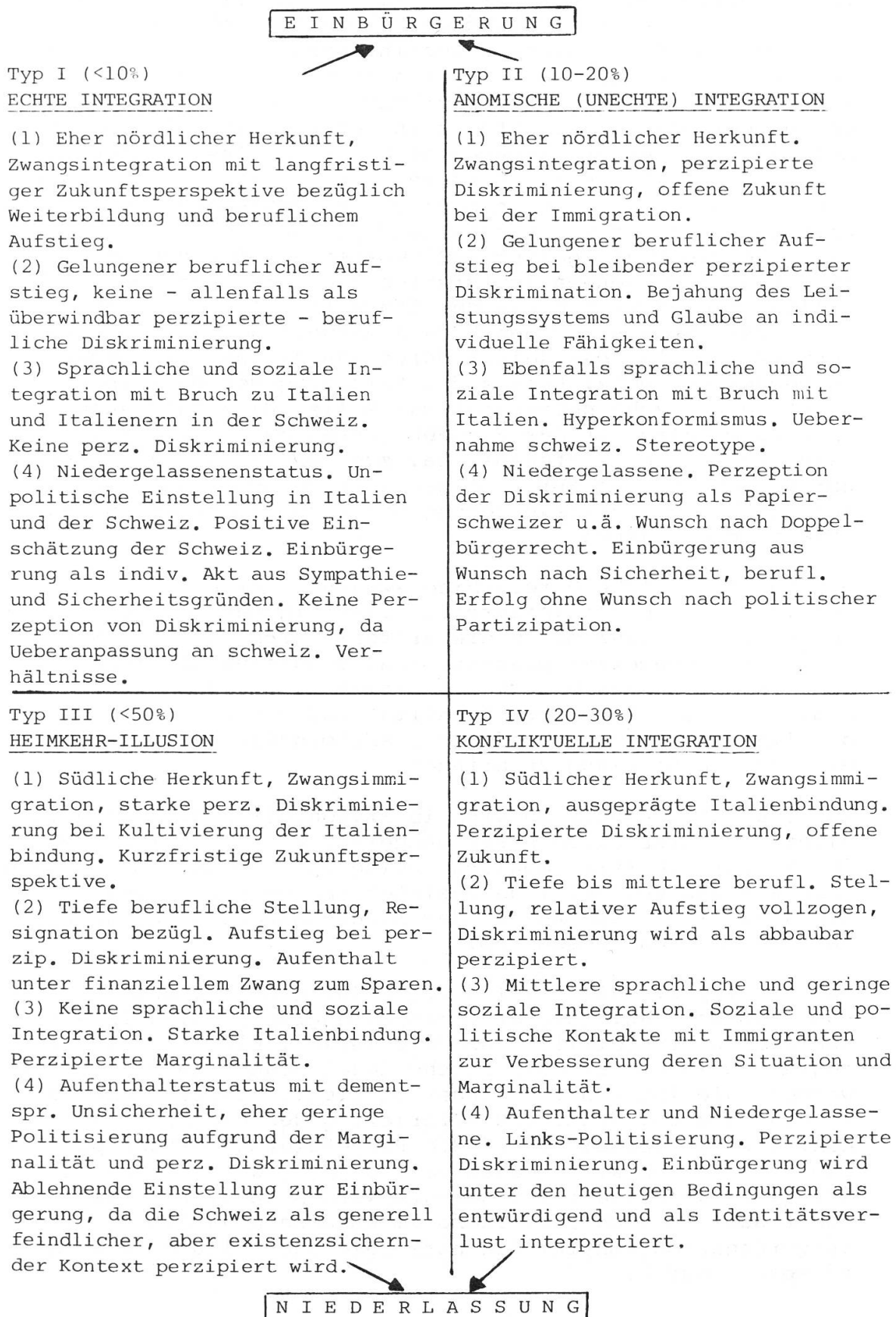
Wir unterscheiden je zwei Typen von Einwanderern, die nach den Schwerpunkten der Einbürgerung oder aber der Niederlassung resp. Rückkehr tendieren.

Die Variablen wurden folgendermassen geordnet:

- (1) Herkunft, Auswanderungsmotivation, Perzeption des Aufenthaltes
- (2) Berufliche Stellung und Mobilität
- (3) Sprachliche, soziale und kulturelle Integration
- (4) Politische Orientierung, Einstellung zur Einbürgerung



Darstellung der vier Einwanderer-Typen aufgrund  
ihrer Einstellung zur Einbürgerung



### Kommentar zur Typologie

Ganz deutlich wird der relativ kleine Anteil der Einwanderer (Typ I), der eine Einbürgerung in Betracht zieht und sich überhaupt für diese Frage interessiert. Grundlage dieses Interesses, das weiter unten noch genauer betrachtet wird, ist unseres Erachtens primär eine eindeutige Verbesserung des beruflichen Status in der Schweiz, die Aussicht auf ein gesichertes, angenehmes Leben in einer Umgebung, die tendenziell positiv bewertet wird. Voraussetzung dazu scheint in jedem Fall ein Abbruch der Beziehungen zum Ursprungsland zu sein. Entscheidend ist aber die Tatsache, dass die die Einbürgerung befürwortenden oder zumindest in Erwägung ziehenden Immigranten der strukturellen Marginalität, der auch sie bei der Einreise unterlage, individuell entrinnen - und den Wunsch aufweisen, dieses Entrinnen strukturell, das heisst durch den Akt der Einbürgerung, zu verankern. Dabei spielt die Erlangung der politischen Rechte eine recht nebensächliche Rolle. Eine Untersuchung der Stimmhäufigkeit der Eingebürgerten hat vielmehr gezeigt, dass die Eingebürgerten bis ca. zwei Jahre nach der Einbürgerung regelmässig zur Urne gehen, sich aber dann dem Grossteil der Schweizer Bevölkerung mit ihrem zunehmenden Absentismus anschliessen.

Der hauptsächliche Unterschied zwischen der echten und der anomischen (Typ II) Integration liegt in der Perzeption der Betreffenden: währenddem die ersteren sich problemlos als zukünftige Schweizer präsentieren, tendieren die letzteren mit einem gewissen Hyperkonformismus an die schweizerische Realität dazu, ihre neue Identität und die mit der noch anhaftenden alten verbundenen Diskriminationsgefühle miteinander in Einklang zu bringen.

Vom Typ III rekrutieren sich in Krisenzeiten wie heute vor allem die tatsächlichen Rückwanderer. Für einen Teil von ihnen gilt die Krise möglicherweise als Vorwand zur raschen Heimkehr und zum völligen Desinteresse gegenüber der Schweiz. Die grosse Anzahl der Nicht-Antwortenden kommt fast sicher von diesem Typ.

Was der Typ IV, die konfliktuelle Integration, anbetrifft, kann der Entscheid dieser Immigrantengruppe, sich in der Schweiz (wahrscheinlich) niederzulassen, kaum auf eine Integration in die schweizerische Gesellschaft zurückgeführt werden. Die Integration findet partiell, nämlich im beruflichen Bereich, statt und offeriert gegenüber einer Rückkehr gewisse Vorteile. Auf die Perpetuierung dieser partiellen Integration wird jedoch Wert gelegt, weil nur auf diese Art die eigene Identität gewahrt werden kann. Wir kommen damit auf ein wichtiges Thema im Zusammenhang mit der Einbürgerungsproblematik: die nationale und kulturelle Identitätsproblematik.



Die Sozialisationserfahrung in einer Nation schafft eine nationale Identität, in die in der Regel verschiedene Aspekte einfließen: sprachliche, kulturelle, soziale, politische u.a.m. Dieses nationale Identitätsgefühl besteht auch dann, wenn die strukturelle Situation marginal ist. Die Ausländer, vor allem aber die Südländer, haben in unserem Land unter Umständen Mühe, Ansatzpunkte zu finden für ein schweizerisches Identitätsgefühl.

Die befragten Immigranten reduzieren sich im Gegenteil auf einen partiellen, nämlich den beruflichen Bereich. Den berühmten, ihnen wahrscheinlich nicht bekannten Satz von Max Frisch 'man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen' reduzieren die Immigranten auf die Aussage 'man hat Arbeitskräfte gerufen, und wir sind Arbeitskräfte' - Arbeitskräfte, die in den weiteren gesellschaftlichen Bereichen kaum Ansprüche stellen, eine grosse Unsicherheit und Distanz zur Schweiz äussern, kaum Stellung nehmen und viele Fragen unbeantwortet lassen - aus Informationsdefiziten heraus, aus einer Weigerung heraus ...

Die Ausnahme bilden jene, die sich beruflich entwickeln konnten, die in der Schweiz aufgestiegen sind und die dann zu jener Gruppe gehören, die sich in der Schweiz einbürgern will. Für sie gilt jene Hypothese, die dann eine Bereitschaft zur politischen Integration unterstellt, wenn möglichst viele Lebensbereiche zufriedenstellend gestaltet werden können.

#### Politische Integration als Ressource von Minorität und Majorität

Wie sich bisher herausgestellt hat, ist die Einbürgerungsbereitschaft der eingewanderten Minorität sowohl eine Funktion ihrer Rückwanderungsperspektive als auch ein Resultat erfahrener Diskriminierungen in unserem Land. Beides verunmöglichte den Aufbau einer neuen Identität. Dasselbe partielle Leben - im Beruf -, das die Majorität der eingewanderten Minorität zugesteht, gehört auch zur Selbstdefinition der Einwanderer. Typischerweise sind bei jenen Fragen, die den beruflichen Bereich betreffen, im Gegensatz zu den übrigen Fragen, die wenigsten Antwortenthaltungen aufgetreten.

Ein echter Integrationsprozess bedarf einer Anstrengung von Seiten der Minorität und der Majorität.

Wir gehen davon aus, dass unsere zunehmend komplexer werdende Gesellschaft bzw. ihre Teilbereiche zur Sicherung ihres Bestandes sowie ihrer Weiterentwicklung in Auseinandersetzung mit der Umwelt zunehmend auf die Teilnahme aller gesellschaftlicher Gruppen angewiesen sind.

Wir unterscheiden in der Folge zwei hauptsächliche Funktionen, die die Teilnahme möglichst vieler Gruppen am Gesellschaftssystem erfüllen kann: zum einen Konfliktvermeidung, zum andern Emanzipation.

Unter Konfliktvermeidung subsumieren wir 'Teilnahme'

- als Frühwarnsystem, das die öffentliche Planung bei ihren ständig komplexer werdenden Planungs- und Ordnungsaufgaben unterstützt, ferner Partizipation
- als symbolische Gratifikation zur Erzeugung von Massenloyalität und Legitimität - für das Individuum hinsichtlich seiner subjektiven Befindlichkeit, für den Staat als Ressource zur Realisierung seiner Ziele.

Unter Emanzipation subsumieren wir 'Teilnahme'

- als Komponente der Lebensqualität, worunter die Chance zu rechnen ist, z.B. durch die Wahrnehmung seiner (politischen) Rechte das eigene Schicksal zu beeinflussen zu können, dann
- als Initiativkraft, die (z.B. für einen Staat) neue gesellschaftliche Werte und Ziele einbringt, die zum einen den gesellschaftlichen Problemfindungsprozess bereichern, zum andern die subjektive Zufriedenheit und Selbstverwirklichung fördern können.

Teilnahme an der Gesellschaft - in unserem Fall: politische Integration ausländischer Arbeitskräfte - wird bei dieser Betrachtung einerseits als Ressource der Minorität (Wahrnehmung der eigenen Rechte, subjektive Zufriedenheit), andererseits als Ressource der Majorität, des Gesamtsystems, aufgefasst (Frühwarnsystem, Erzeugung von Legitimität, Bereicherung des gesellschaftlichen Problemfindungs- und -lösungsprozesses).

Vom schweizerischen System resp. den politischen Behörden aus stand die bisherige Ausländerpolitik primär im Zeichen der Konfliktvermeidung: man unternahm nur das Nötigste. Die Aktivitäten der Ausländer erstreckten sich auf den beruflichen Bereich, der Zugang zu den andern Bereichen wurde erschwert durch restriktive Regelungen und Kontrollen. Es darf wohl gesagt werden, dass erst die nicht nachlassenden Vorstöße der fremdenfeindlichen Gruppierungen einerseits, und die wachsende Erkenntnis, dass die Schweiz ihren hohen sozialen Lebensstandard nicht auf unwürdiger Behandlung derjenigen aufbauen darf, die zu dieser Entwicklung wesentlich beigetragen haben, langsam zu einem Umdenkungsprozess im Sinne vermehrter Partizipation der Ausländer in ausserberuflichen Bereichen geführt hat. Die jetzigen Studien zu diesem Problem bei Behörden und Expertengruppen scheinen aber noch immer eher unter dem Stichwort der Konfliktvermeidung als dem der Emanzipation zu laufen.

Aufgrund unserer Ergebnisse müsste eine Hauptanstrengung gegenüber den Ausländern vor allem darin bestehen, ihnen nach ihrer Einreise in die Schweiz eine konkrete Möglichkeit zu geben, hier eine Identität zu entwickeln. Die Studie hat bekanntlich gezeigt, wie kontraproduktiv diesbezüglich die vielfachen Kontrollen und Diskriminierungen wirken, die immer wieder das Gefühl der Einwanderer verstärken, nur als Arbeitskräfte auf Abruf in der Schweiz leben zu dürfen, solange sie gebraucht werden.

Von der Einwandererseite her steht in den beschriebenen Fällen einbürgerungsbereiter Personen eindeutig eine individuelle Emanzipation und Selbstverwirklichung im Vordergrund. Durch die Anforderung der überaus starken Anpassung der Einbürgerungswilligen an unsere Gesellschaft wird jedoch eine Auslese betrieben, die fast ausschliesslich aufstiegsorientierte, unauffällige, anpassungsfähige Einwanderer umfasst, die in der Regel ein geringes politisches Interesse aufweisen und vor allem aus Gründen der Sicherheit im persönlichen und beruflichen Bereich in der Schweiz bleiben möchten. Wie wir gesehen haben, ist kaum der Wunsch vorhanden, politisch aktiv das neue Bürgerrecht auszuüben.

Hier stellt sich die Frage, ob diese Konformität sowie die totale Aufgabe der früheren nationalen Identität im weitesten Sinn wirklich erwünscht sind.

Emanzipation des politischen Systems könnte auch bedeuten, andersartigen Einwanderern, die eine gewisse Zeit in der Schweiz gelebt haben, eine Einbürgerung zu ermöglichen, die keinen Bruch mit der früheren Identität voraussetzt. Durch den Beitrag solcherart Andersartiger könnten der Erfahrungshorizont und die Initiativkraft des politischen Systems unter Umständen erweitert werden, und auf die durch die massive Einwanderung entstandenen Probleme adäquat reagiert werden.

#### ANMERKUNGEN

- 1) Es handelt sich bei diesem Artikel um eine zusammenfassende Darstellung eines knapp 100seitigen Studienberichtes, der im Sommer 1976 fertiggestellt wurde.
- 2) Wir beziehen uns hier bereits auf die südlichen Einwanderer, die ca. 70% aller Einwanderer in die Schweiz darstellen.
- 3) Es wäre interessant, liegt aber nicht im Möglichkeitsbereich dieser Pilotstudie, in diesem Zusammenhang die politische Apathie der Schweizer Stimmbürger zu untersuchen.
- 4) Ein Vergleich der vorliegenden Stichprobe mit einer Repräsentativebefragung in der Stadt Zürich im Jahre 1969 (Hoffmann-Nowotny, 1973) zeigt bezüglich der beruflichen Stellung, des Einkommens, der Herkunft und anderen Merkmalen nur minimale Unterschiede. Vorsichtige Genera-

lisierungen der Ergebnisse dieser Studie auf die Grundgesamtheit der 30'000 Italiener und noch viel mehr Südländer in der Stadt Zürich sind demzufolge zulässig.

- 5) Vor dem Zweiten Weltkrieg und auch noch in den Nachkriegsjahren stammten die Einwanderer aus Italien vor allem aus den nördlichen Regionen. Die aus Süden rekrutierten Arbeitskräfte können (vgl. Braun, 1970, S. 51f) den Norditalianern qualitativ meistens nicht gleichgestellt werden.
- 6) Von jenen acht Personen, die eine Einbürgerung beabsichtigen, weisen sechs einen hohen und zwei Personen einen mittleren Informiertheitsgrad auf.
- 7) Vgl. in diesem Zusammenhang Hoffmann-Nowotny, 1973, S. 177ff.
- 8) Das Total der in diese Kreuztabelle einbezogenen Antwortenden ist hier ungewöhnlich klein. Dies ist mit dem Anteil jener zu erklären, die auf die Frage nach der Parteipräferenz nicht geantwortet haben. Andererseits ist zugunsten dieser Tabelle zu bemerken, dass die dargestellten Antwortverteilungen mit der ursprünglichen Verteilung in etwa übereinstimmen.
- 9) Um Schweizerbürger zu werden, bedarf es im ordentlichen Verfahren zuerst des Gemeindebürgerrechts und nachher des Kantonsbürgerrechts, wobei - wenn es sich um Ausländer handelt - die Einbürgerungsbewilligung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements vorliegen muss.

Ein Einbürgerungsgesuch ist jenen Ausländern vorbehalten, die seit mindestens zwölf Jahren ununterbrochen in der Schweiz wohnen. Die Einbürgerung setzt eignungsmässige Abklärungen, eine staatsbürgerliche Prüfung und finanzielle Aufwendungen voraus. Allgemein wird anerkannt, dass die Einbürgerung in hohem Masse Ermessenssache der Behörden ist. Zum Einbürgerungsverfahren siehe im besondern Benz Urs, 1968.

#### BIBLIOGRAPHIE

- Albrecht G., (1972): Soziologie der geographischen Mobilität. Enke Verlag, Stuttgart.
- Almeida C.C. (1974): Migration, classe et ethnie. Réflexions sur le processus d'intégration des travailleurs migrants. In: Beiträge zur soziologischen Analyse der Schweiz. Schweizerische Gesellschaft für Soziologie: Kongressbeiträge 1973, Genève.
- Benz U. (1968): Die ordentliche Einbürgerung von Ausländern in der Schweiz. Dissertation, Schulthess, Zürich.
- Blau P.M. (1964): Exchange and Power in Social Life. New York: John Wiley.
- Bierstedt R. (1968): The Sociology of Majorities. In: R. Mack (ed.), Race Class and Power, New York.
- Braun R. (1970): Sozio-kulturelle Probleme der Eingliederung italienischer Arbeitskräfte in der Schweiz. Zürich.
- Eidgen. Konsultativkommission für das Ausländerproblem (EKA) (1976): Bedeutung der Ausländerpräsenz für den Wohnungsmarkt und die Infrastruktur der Schweiz. In: Volkswirtschaft, Heft 1, 1976, S.7-20.

- Eidgen. Konsultativkommission für das Ausländerproblem (EKA) (1974):  
Entwicklung der Bevölkerung und des Arbeitspotentials der Schweiz.  
In: Volkswirtschaft, Heft 6, 1974 (Sonderdruck).
- Eidgen. Konsultativkommission für das Ausländerproblem (EKA) (1976):  
Die Stellung der Ausländer im politischen Leben der Schweiz. Bern.
- Eidgenössisches Statistisches Amt (Hrsg.): Eidgenössische Volkszählungen,  
Bern. Verschiedene Jahrgänge.
- Eidgenössisches Statistisches Amt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der  
Schweiz, Bern. Verschiedene Jahrgänge.
- Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (Hrsg.): Die Volkswirtschaft,  
Wirtschaftliche und Sozialstatistische Mitteilungen, Bern. Verschie-  
dene Jahrgänge.
- Ewig E. (1975): Der italienische Jugendliche vor der Frage der Einbürge-  
rung. Diplomarbeit, Schule für Sozialarbeit, Bern.
- Heintz P. (1969/70): Kultur und Gesellschaft. Vorlesung, Universität  
Zürich (Manuskript).
- Hoffmann-Nowotny H.-J. (1973): Soziologie des Fremdarbeiterproblems.  
Enke Verlag, Stuttgart.
- Lenski G. (1963): The religious Factor. New York.
- Schweiz 80: Diverse Arbeitsunterlagen, Vernehmlassungen u.ä. zum Aus-  
länderproblem.
- Sehringer R. (1975): Ueberlegungen zur Konzeption von Indikatoren der  
Partizipation. Arbeitspapier an der Tagung für Soziale Indikatoren,  
Zürich, Dezember 1975.
- Sozialbericht 4 (1974): Italienische Fremdarbeiter, Protokolle Ch. Ull-  
mann, Nachwort J.M. Niederberger, Frauenfeld.
- Statistisches Amt der Stadt Zürich (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der  
Stadt Zürich. Verschiedene Jahrgänge.
- Tages-Anzeiger: Diverse Artikel zum Ausländerproblem.
- Tages-Anzeiger-Magazin (1975): Haller Michael. Ueber die zum Schweizertum  
Erwählten. Nr. 37, 13. Sept.
- Wallimann I. (1974): Toward a Theoretical Understanding of Ethnic Anta-  
gonism: The Case of the Foreign Workers in Switzerland. Zeitschrift  
für Soziologie, Heft 1, Jan. 1974, S. 84-94.
- Windisch U. (1971): Travailleurs immigrés, xénophobie et capitalisme -  
le cas de la Suisse. In: Revue Espaces et Sociétés, 4/1971, Paris.
- Windisch U. avec Bohnet R. (1971): Les immigrés italiens en Suisse: pers-  
pectives d'intégration et attitudes helvétiques. In: Bacci-Hagmann-  
Report on the demographic and social pattern of migrants in Europe.  
Conseil de l'Europe, Strasbourg.

Katharina Ley  
Sergio Agustoni  
Soziologisches Institut  
der Universität Zürich  
Wiesenstrasse 9  
8008 Z ü r i c h

